



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von
Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 24.06.2024

Zu Ltg.-321/XX-2024

LF3-A-7/073-2024

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

:: E-Mail: post.lf3@noel.gv.at

Fax: 02742/9005-13535 Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug

Bearbeiter

(0 27 42) 9005

Durchwahl

Datum

Ganser Christian

12776

18. Juni 2024

Betrifft

Resolution betreffend „Inflationsanpassung des Agrarbudgets auch auf EU-Ebene“

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 06. Februar 2024, Ltg.-321/XX-2024 hat die NÖ Landesregierung die Resolution an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.

Das Bundeskanzleramt hat diese dem Ministerrat in der Sitzung am 20. März 2024 zur Kenntnis gebracht und daraufhin dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft teilte nun in seinem Antwortschreiben folgendes mit:

„Für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) werden im Rahmen der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union (EU) auf Ebene der Staats- und Regierungschefs die Ausgabenobergrenzen für die EU-Mittel festgelegt. Derzeit ist

der MFR 2021 bis 2027 in Kraft, welcher im Jahr 2020 beschlossen wurde. Auf Initiative der Europäischen Kommission fand im Jahr 2023 eine Halbzeitüberprüfung und damit einhergehend eine Anpassung des MFR statt, welche nach erfolgter Einigung der Staats- und Regierungschefs Anfang des Jahres 2024 vom Rat der EU und vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Der Schwerpunkt dieser MFR-Anpassung bezieht sich auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (Unterstützung der Ukraine etc.). Eine Anpassung der den Mitgliedsstaaten zugeteilten Beträge für die 1. und 2. Säule der GAP ist nicht erfolgt. Die geforderte Erhöhung der Direktzahlungen steht demnach derzeit auf EU-Ebene nicht zur Diskussion.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter